



AMBASSADE DE SUISSE

381 Bol. - I/ko

Lima, den 28. April 1967

Politischer Bericht Nr. 1

Herrn Bundesrat Dr. W. Spühler
Vorsteher des
Eidg. Politischen Departements
3003 B e r n

Bolivien im April 1967

en						a/a
Datum						
Visa						
EPD		- 3. OKT. 1967				
Ref. p. A. 21. 31.		Lima				

Herr Bundesrat,

Auf Grund meiner Gespräche, die ich in Bolivien vom 8. bis 23. April 1967 mit Regierungsmitgliedern, Parlamentariern, andern Postenchefs und Landsleuten in La Paz und in den Provinzstädten Oruro, Potosí, Sucre und Cochabamba hatte, kann ich die heutige politische und wirtschaftliche Lage dieses Landes wie folgt resumieren.

Sowohl Wirtschaft wie Politik charakterisieren zur Zeit eine gewisse Stabilität und Ruhe und die meisten Gesprächspartner nehmen an, dass diese Ruhe vorläufig anhalten wird, wenn nicht etwas Unvorhergesehenes vorfällt.
- In Bolivien pflegt man mit Prognosen ausserordentlich vorsichtig zu sein. -

Die positiven Faktoren, die zu einem gewissen Optimismus Anlass geben, sind folgende:

- Seit zehn Jahren ungefähr ist die Währung stabil. Die Devisenreserven belaufen sich zur Zeit auf 30 Mio. Dollar. Dies sind zwar 8 Mio. Dollar weniger als bei Jahresende;

der Grund für diese Abnahme ist jedoch, dass die bolivianische Regierung Auslandsschulden zurückzahlte, was sich auf ihren Kredit günstig auswirken wird.

- Im Jahr 1966 haben die USA keine Budgetbeihilfe mehr leisten müssen und auch für 1967 sind keine solchen vorgesehen.

- Die staatliche Minengesellschaft Comibol, das Rückgrat der bolivianischen Wirtschaft, ist heute recht gut organisiert. Im Präsidenten, Oberst Lechin, dem Generaldirektor und dem kaufmännischen Leiter, dem Landsmann Gossweiler, hat das Unternehmen drei fähige Chefs, welche den Gewerkschaften gegenüber eine seit Jahren nicht mehr praktizierte Stärke zeigen. Gerade während meiner Anwesenheit in Bolivien gelang es diesem Team, die Schliessung einer grösseren Mine (San José in Oruro) durchzusetzen, welche wegen schlechter Organisation Verluste gebracht hatte. In Potosí besuchte ich im früheren spanischen Silberberg eine staatliche Zinnmine, wobei ich von der guten Organisation, der Disziplin und dem Einvernehmen zwischen Arbeitern und Leitung überrascht war. Die allgemeine politische Stabilität wirkt sich auch auf diese relativ grossen Arbeitermassen, die auf über 4000 m harte Arbeit leisten, beruhigend aus. Die Comibol hat im Jahr 1966 dem Staat erstmals 4 Mio. Dollar abgeliefert, während in früheren Jahren bis zu 16 Mio. Dollar Defizite entstanden waren. Buchhalterische Manipulationen mögen zu diesem guten Ergebnis mitgeholfen haben. Andererseits konnte ich aber feststellen, dass die Comibol in den Bergwerkszentren mit der unentgeltlichen Abgabe von Elektrizität, dem Bau von Strassen und der Verteilung billiger Lebensmittel Leistungen erbringt, welche sonst direkt die Staatskasse belasten würden.

- Aus der Gegend von Santa Cruz exportiert heute die amerikanische BolivianGulf Corp. Erdöl nach Kalifornien, woraus neben andern Leistungen der Provinz 3 Mio. Dollar im Jahr zufallen. Weitere Erdöl- und Erdgasquellen dürften in nächster Zeit noch erschlossen werden.
- Der private Sektor, so die amerikanischen Firmen Grace, US-Steel und Philips, sind daran, die Mineralienausbeute sukzessive zu steigern.
- Die USAID ist im Begriff, ein Strassenbauprogramm im Wert von rund 50 Mio. Dollar zu finanzieren.
- In der Landwirtschaft sind einige Fortschritte zu verzeichnen, indem die Inlandsproduktion, zum Beispiel von Zucker und Speiseoel, wesentlich gesteigert werden konnte.
- Die Elektrizitätsproduktion wird laufend erhöht, teilweise mit Weltbank- und kanadischen Krediten.
- Die politische Ruhe seit fast 2 1/2 Jahren hat die privaten Investitionen etwas angeregt. General Barrientos ist es zwar bisher nicht gelungen, eine starke Parteiorganisation aufzubauen; im Parlament, das am 6. August 1967 zur nächsten Session zusammentreten wird, dürfte er nur über eine sehr ungewisse Mehrheit verfügen. Seine eigene starke Persönlichkeit, sein Prestige bei der Masse, besonders den Bauern und seine guten Beziehungen zur Armee lassen aber die Tatsache etwas in den Hintergrund treten, dass sein Regime parteimässig nicht gut fundiert ist. Geschickt versteht es der Präsident, eine starke Anhänger-schaft um seine nationalistischen Slogans "Kampf den ausländischen Guerrilleros" und "Zugang zum Meer" zu scharen. Für die Stärke seines stark persönlich geformten Regimes sind solche etwas demagogischen Mittel von ausschlaggebender Bedeutung.

Die Eisschicht der Stabilität ist aber sehr dünn; Einsturzgefahr droht ihr aus folgenden Richtungen:

- Die ganze Wirtschaft ist derart empfindlich und der Gross-
teil der Bevölkerung derart wenig am Wirtschaftsleben be-
teiligt, dass schon eine geringe Vermehrung der Kauf-
kraft und Zunahme der Teilnehmer an einer modernen Markt-
wirtschaft Zahlungsbilanzprobleme auslösen kann, beson-
ders auch weil heute keine Einfuhrrestriktionen bestehen.
Von japanischen Velos, Nähmaschinen, Radios etc. her
droht in dieser Beziehung eine gewisse Gefahr.
- Das Budget weist ein ungedecktes Defizit von 5 Mio. Dollar
auf. Für Bolivien ist dies bereits eine gefährliche Höhe.
Es hat kaum mehr Raum für spektakuläre Staatsausgaben,
zu denen ein neu gewähltes Parlament immer zu neigen
pflegt.
- 1970 wird Wahljahr sein. Der frühere Co-Präsident und heu-
tige Armeechef General Ovando dürfte voraussichtlich kan-
didieren. Misstrauisch und undurchsichtig bleibt er heute
noch im Hintergrund. Man konstatiert, dass er versucht,
langsam seine Kandidatur vorzubereiten. Im Heer ist sein
Prestige unbestritten. Im Gegensatz zu Barrientos ist er
aber weder Politiker noch kann er die Masse begeistern.
Er versucht daher, sich auf andere Weise verdient zu ma-
chen, zum Beispiel mit der Unterzeichnung von Prestige-
verträgen, wie demjenigen über die Errichtung einer Zinn-
schmelze, ein von den USA nach wie vor stark kritisier-
tes Geschäft der deutschen Firma Klöckner (1 1/2 Mio.
Dollar Anzahlung in bar, 9 Mio. Dollar Kredit auf 9 Jahre,
zu 7 1/2 %). Im allgemeinen nimmt man an, dass Ovando
zwar eine gewisse Abnützung des Prestiges seines früheren
Kollegen Barrientos nicht ungern sehen würde, dass er
persönlich aber die Aufrechterhaltung der Verfassungs-

mässigkeit wünscht, um 1970 in Ordnung und Ruhe gewählt zu werden. Ob sich dieser Wunsch während der nächsten drei Jahre verwirklichen lässt, wagt niemand vorauszu-sagen.

- Die schwache und zersplitterte parteipolitische Basis der Regierung Barrientos hat zur Folge, dass der Präsident mit der Besetzung seines Kabinetts einige Mühe hat. Finanz-, Aussen- und Minenminister sind äusserst tüchtige, integre Leute. Insbesondere der Finanzminister ist ein energischer Fachmann aus der Privatindustrie; seiner Sparpolitik wegen, in der er von Präsident Barrientos unterstützt wird, hat er aber Probleme mit der Armee.

Zwei politische Fragen waren zur Zeit meines Besuches besonders aktuell, nämlich die Beziehungen zu Chile, respektive die Abwesenheit Boliviens von der Präsidentenkonferenz in Punta del Este, und der Kampf gegen die Guerrilleros.

Niemand gibt sich zwar der Hoffnung hin, dass die Abwesenheit von Punta del Este Chile in absehbarer Zeit dazu bringen könnte, mit Bolivien über einen Korridor ans Meer zu verhandeln. Immerhin gelang es Barrientos, die südamerikanische Öffentlichkeit auf den bolivianischen Anspruch aufmerksam zu machen, und zum zweiten, das bolivianische Volk um ein allgemein befürwortetes nationalistisches Postulat zu scharen. Die Erläuterung der Gründe für die Nichtteilnahme des bolivianischen Präsidenten wurde in der Presse und als separates Dokument publiziert; der Text wurde den in La Paz anwesenden Postenchefs zu Handen ihrer Regierungen vom Aussenminister feierlich überreicht. Sie finden ein Exemplar dieser Publikation in der Beilage. Der Entscheid, in Punta del Este nicht teilzunehmen, ist verständlich, wenn man sich vergegenwärtigt, dass bei den bis-

./.

herigen Besuchen des bolivianischen Präsidenten in Peru, Argentinien, Brasilien, die Frage des Zugangs zum Meer ein wesentliches Diskussionsthema bildete und auch bei den geplanten Besuchen in Paraguay, Kolumbien und Ecuador als mystische Ursache für Armut, Rückständigkeit und Hilfsbedürftigkeit Boliviens hochgespielt werden wird.

Ich erlebte in La Paz die Staatsvisite des von Punta del Este heimkehrenden kolumbianischen Präsidenten. Dieser Besuch gab Barrientos Gelegenheit zu betonen, dass Bolivien die Bestrebungen zur Integration Lateinamerikas voll unterstütze. In der Frage des Zugangs zum Meer liess sich der kolumbianische Gast seinerseits aber nicht zu mehr verleiten als zur Feststellung, die amerikanischen Präsidenten hätten von den Gründen der Abwesenheit Boliviens Kenntnis genommen.

Der Zusammenstoss zwischen einer Gruppe von Soldaten und einigen Guerrilleros wurde nicht nur in der ausserbolivianischen Presse aufgebauscht, sondern auch von Seiten der bolivianischen Regierung, um der politischen Zersplitterung entgegenzuwirken. Auch dienten die Vorfälle dazu, von den USA, aber auch andern befreundeten Staaten, wie Argentinien, Kriegsmaterial zu verlangen. Die USA stellten sich auf den Standpunkt, dass es der bolivianischen Armee nicht an Waffen fehle, sondern höchstens an der Ausbildung für den Guerrillakrieg und an Verbindungsmitteln. Die bereits im Rahmen des "military aid program" versprochenen Lieferungen von Helikoptern und Radioausrüstungen etc. werden daher etwas beschleunigt; ferner wurden Experten für das Training im Kleinkrieg in Aussicht gestellt.

Der Divisionskommandant, der die Aktion leitet, der frühere Aussenminister Zenteno, sagte mir am 22. April in Cochabamba, dass kleine, gut organisierte Gruppen von

Guerrilleros in schwer zugänglichen Gebieten festgestellt worden seien. Die Armee habe Auftrag, diese Leute unschädlich zu machen oder zu vertreiben. Die Aktion werde aber viel Zeit in Anspruch nehmen, weil sie in beinahe unbewohntem, hügeligem Urwaldgebiet zu erfolgen und die Armee gegen einen im Kleinkrieg gut ausgebildeten Feind zu kämpfen habe. Wahrscheinlich bestehe ein organisatorischer Zusammenhang mit ähnlichen Guerrillerosgruppen in Brasilien, Venezuela und Kolumbien. Die Festnahme des französischen Kommunisten Dubray, der auch in Kuba gewesen sei, beweise einen gewissen Zusammenhang mit dem internationalen Kommunismus. Eine Gefahr für die Regierung und für Ruhe und Ordnung im Land bestehe aber in keiner Weise. Übrigens konnte ich auch keine Anzeichen feststellen, dass die Differenz^{en} mit Chile zu irgendwelchen kriegerischen Auseinandersetzungen führen könnten.

Ich versichere Sie, Herr Bundesrat, meiner ausgezeichneten Hochachtung.

DER SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFTER



✓ Beilage erwähnt